

Stellungnahme zum Ergänzungsantrag

Vorlage Nr.: 2024/1068

Verantwortlich: **Dez. 6**

Dienststelle: **Dez. 6**

Vertretung sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner im Planungsausschuss Ergänzungsantrag: KAL

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.09.2024	10.14	Ö	Entscheidung
Planungsausschuss	17.10.2024	6	Ö	Behandlung

Kurzfassung

Im Jahr 2022 fand ein Austausch zwischen Verwaltung und dem Planungsausschuss zur Einbindung von Experten in die politische Willensbildung statt. Die Ergebnisse sind in den nachstehenden Erläuterungen dargelegt.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, es beim aktuell praktizierten Vorgehen zu belassen und den Antrag abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

Im Jahr 2021 wurden im Planungsausschuss ca. 100 Tagesordnungspunkte beraten. Dieses Pensum stellte bei der vorliegenden Komplexität der Fachthemen für alle Beteiligten und insbesondere für die ehrenamtlichen Mitglieder des Ausschusses eine enorme Herausforderung dar. Im Mai 2022 fand daher eine Abstimmung zwischen Verwaltung und den planungspolitischen Sprechern statt, um die positive Weiterentwicklung Karlsruhes durch eine umfassende und ausgewogene Beratung im Planungsausschuss sicherzustellen und gleichzeitig die Anforderungen an alle Beteiligten effektiv und effizient zu gestalten. Die Ergebnisse wurden sodann im Planungsausschuss behandelt.

Der Austausch hatte zwei wesentliche Änderungen zur Folge:

Zum einen trägt die Verwaltung im Vorfeld der Beratung, schon im Rahmen der Vorlagenerstellung, bereits Sorge dafür, die verschiedenen Experten einzubinden und deren Sachkunde einzuholen. Dies soll in der Vorlage dargestellt werden. Sollten die politischen Entscheidungsträger darüberhinausgehenden Klärungs- oder Beratungsbedarf haben, bleibt es diesen selbstverständlich unbenommen, sich in entsprechender Weise direkt mit den gewünschten Personen oder Institutionen in Verbindung zu setzen. Ein frühzeitiger Versand der Unterlagen wurde deshalb dem Gremium zugesichert. In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Einbindung der Experten im Verfahren zeitlich weiter nach vorne verlagert werden kann und nicht mehr ad hoc bei der Sitzungsvorbereitung eine Einarbeitung in die unterschiedlichen Fragestellungen der Tagesordnungspunkte erfolgen muss. Auch besteht so die erweiterte Möglichkeit, - über fachlich versierte Bürger*innen hinaus - Institutionen aus den tangierten Themenfeldern mit ihrem Expertenwissen einzubinden. Weiter können Verwaltung und Gremienmitglieder bereits im Vorfeld der Sitzung ein umfassendes, fachliches Bild erhalten.

Zum anderen wurde vereinbart, dass die Verwaltung dafür Sorge trägt, dass die Themen des Planungsausschusses möglichst öffentlich beraten werden. Ein Austausch in der Stadtgesellschaft zu diesen Punkten wurde somit erleichtert.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, es beim aktuell praktizierten Vorgehen zu belassen und den Antrag abzulehnen.